

Landeshauptstadt Magdeburg

Änderungsantrag

A0041/08/1 öffentlich

Zum Verhandlungsgegenstand	Datum
A0041/08	03.09.2008

Absender SPD-Stadtratsfraktion	
Gremium Stadtrat	Sitzungstermin 04.09.2008

Kurztitel Gesundes bezahlbares Mittag-Essen für alle Kinder in Kindereinrichtung und Grundschule

Der Stadtrat möge beschließen

1. Der Stadtrat begrüßt die vielfältigen privaten Initiativen an Schulen und Kindergärten, die den Kindern eine ausgewogene und gesunde Ernährung während ihrer Betreuungs- und Schulzeit ermöglichen.
2. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich gemeinsam mit den Ausschüssen für Familie und Gesundheit, Gesundheit und Soziales sowie dem Jugendhilfeausschuss an die Bundesregierung und die Bundestagsfraktionen zu wenden und zu fordern, dass auf die diskutierte Kindergeldhöhung, die für den Einzelnen nur eine geringfügige Erhöhung bringen wird, verzichtet wird, hingegen dieses Geld dafür verwendet wird, bundesweit die Essenversorgung in allen Kindertagesstätten und Schulen strukturell zu finanzieren.

Begründung

Mit der Stellungnahme S0045/07 auf den Antrag der SPD-Fraktion A0017/07 hat die Stadt Magdeburg nachgewiesen, dass die qualitativen Voraussetzungen für eine gesunde Ernährung im Rahmen der Schulspeisung und der Verpflegung in den Kindereinrichtungen gegeben sind und auch die Preise (in den Schulen) der angebotenen Mahlzeiten durch die Umsetzung des §72 des Schulgesetzes sozial verträglich gestaltet werden. Darauf weist auch das Zertifikat „Gesunde Schule“ hin, das 16 Magdeburger Schulen wegen ihres Engagements für gesunde Ernährung von der Landesvereinigung für Gesundheit verliehen bekommen haben.

Die zuständigen, oben genannten, Ausschüsse sind gehalten, immer wieder auf die Bedeutung gesunder Ernährung hinzuweisen. Kommunale Mittel kann die Landeshauptstadt Magdeburg, die in der Haushaltskonsolidierung steht für diese freiwillige Leistung nicht einsetzen, ohne auch Projekte und Maßnahmen, die ebenfalls Kindern und Jugendlichen zu Gute kommen, zu kürzen. Zu bedenken ist zudem, dass die Landeszuschüsse in den letzten Jahren um 20 % gesunken sind. Es ist daher notwendig, auf die strukturelle Finanzierung der Essensversorgung durch die Bundesregierung zu drängen, die durch den Verzicht auf die angedachte Erhöhung des Kindergeldes erwirtschaftet werden kann.



Rainer Lühr
Fraktionsvorsitzender

